

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU**Bremen unter Beschuss – was tut der Senat gegen
Waffenkriminalität?**

In den vergangenen Wochen und Monaten ist es im Land Bremen wiederholt zu schweren Gewalttaten unter Einsatz von Schusswaffen gekommen. Mehrere Menschen wurden verletzt, mindestens ein Mensch verlor infolge eines Schusswaffeneinsatzes sein Leben. Die Polizei Bremen hat auf diese Entwicklung mit der Einrichtung besonderer Ermittlungsstrukturen reagiert. Gleichwohl werfen die Vorfälle erhebliche Fragen nach der Verfügbarkeit illegaler Schusswaffen, der Entwicklung von Waffen- und Messerkriminalität, der Wirksamkeit bestehender Kontrollinstrumente sowie der personellen und rechtlichen Ausstattung der Sicherheitsbehörden auf.

Auch jenseits der jüngsten Schusswaffenvorfälle ist zu beobachten, dass Angriffe mit Waffen oder gefährlichen Gegenständen das Sicherheitsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen. Dazu zählen neben erlaubnispflichtigen Schusswaffen auch Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen, Messer, Hieb- und Stichwaffen, Softair-Waffen sowie sonstige gefährliche Gegenstände. Entscheidend ist, ob der Staat über ein hinreichend klares Lagebild verfügt, ob bekannte Risikopersonen und Tatorte konsequent in den Blick genommen werden und ob Waffenverbote, Kontrollen, Ermittlungen und Präventionsmaßnahmen wirksam ineinandergreifen.

Von besonderem Interesse ist ferner, wie sich die Zahl waffenrechtlicher Erlaubnisse, kleiner Waffenscheine, Waffenbesitzkarten, Waffenverbotsverfahren und waffenrechtlicher Kontrollen entwickelt hat. Gerade angesichts wiederholter Schussabgaben im öffentlichen Raum muss der Senat darlegen, welche Erkenntnisse über Herkunft, Beschaffungswege und Verwendung illegaler Waffen vorliegen. Auch welche Rolle organisierte Kriminalität in dem Zusammenhang spielt ist von zentraler Bedeutung.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hält es für erforderlich, die Entwicklung der Waffenkriminalität im Land Bremen umfassend, transparent und

differenziert aufzuarbeiten. Nur auf Grundlage belastbarer Daten kann beurteilt werden, ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Straftaten im Zusammenhang mit Waffen

1. Wie viele Straftaten unter Einsatz, Mitführung oder Androhung von Schusswaffen wurden im Land Bremen in den Jahren 2019 bis 2025 sowie im bisherigen Jahr 2026 registriert, aufgeschlüsselt nach Jahr, Stadtgemeinden und Deliktsbereich und Ortsteil?
2. Wie viele dieser Taten betrafen tatsächliche Schussabgaben, wie viele lediglich das Mitführen, Vorzeigen oder Androhen einer Schusswaffe?
3. Wie viele Menschen wurden bei Straftaten mit Schusswaffen im genannten Zeitraum verletzt oder getötet, aufgeschlüsselt nach Jahr, Tatort, Deliktsart und Art der Waffe?
4. Wie viele Schusswaffenvorfälle im öffentlichen Raum wurden seit 2019 registriert, insbesondere auf Straßen, Plätzen, in Parks, an Bahnhöfen, im Umfeld von Gastronomie, Shisha-Bars, Spielhallen, Wettbüros oder Diskotheken?
5. Welche Erkenntnisse hat der Senat zu den Schusswaffenvorfällen der vergangenen Monate, insbesondere zu möglichen Zusammenhängen zwischen einzelnen Taten?
6. In wie vielen Fällen wurden Tatverdächtige ermittelt, festgenommen, in Untersuchungshaft genommen oder rechtskräftig auf Grundlage welcher Straftat verurteilt? Wie viele der Täter sitzen aktuell tatsächlich in Haft?
7. Welche Staatsangehörigkeiten, Altersgruppen und Geschlechter hatten die Tatverdächtigen bei Straftaten mit Schusswaffen seit 2019?
8. In wie vielen Fällen waren die Tatverdächtigen bereits zuvor polizeilich bekannt, insbesondere wegen Gewalt-, Waffen-, Betäubungsmittel-, Raub- oder Eigentumsdelikten?
9. In wie vielen Fällen lagen Erkenntnisse zu Bezügen zur organisierten Kriminalität, Clankriminalität, Rockerkriminalität, Drogenkriminalität, Jugendgruppen, extremistischen Szenen oder sonstigen kriminellen Milieus vor?
10. Wie bewertet der Senat die Entwicklung der Schusswaffenkriminalität im Land Bremen im Vergleich zu anderen Stadtstaaten und vergleichbaren Großstädten?

Waffenbesitz

11. Wie viele erlaubnispflichtige Schusswaffen sind im Land Bremen aktuell registriert, aufgeschlüsselt nach Waffenart und Erlaubnistyp?
12. Wie hat sich die Zahl registrierter erlaubnispflichtiger Schusswaffen seit 2019 jährlich entwickelt?
13. Wie viele Waffenbesitzkarten wurden seit 2019 jährlich erteilt, verlängert, widerrufen oder zurückgenommen?
14. Wie viele Kleine Waffenscheine wurden seit 2019 jährlich beantragt, erteilt, abgelehnt, widerrufen oder zurückgenommen?
15. Wie viele Personen verfügen im Land Bremen aktuell über einen Kleinen Waffenschein?
16. Wie viele Personen verfügen aktuell über waffenrechtliche Erlaubnisse für scharfe Schusswaffen?
17. Wie viele waffenrechtliche Zuverlässigkeitsprüfungen wurden seit 2019 jährlich durchgeführt, und in wie vielen Fällen ergaben sich Zweifel an der Zuverlässigkeit oder persönlichen Eignung?
18. Welche Behörden und Datenquellen werden bei Zuverlässigkeitsprüfungen im Land Bremen regelmäßig einbezogen?
19. In wie vielen Fällen wurden waffenrechtliche Erlaubnisse wegen strafrechtlicher Erkenntnisse, extremistischer Bezüge, psychischer Auffälligkeiten, Suchtproblematiken oder sonstiger Eignungsmängel versagt oder entzogen?
20. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über Herkunft, Beschaffungswege und Handelsstrukturen illegaler Schusswaffen im Land Bremen vor?
 - a) Welche Erkenntnisse hat der Bremer Senat über eine mögliche Dunkelziffer an illegalen Schusswaffen im Land Bremen?
 - b) Wie viele illegale Waffen wurden seit 2019 jährlich im Land Bremen sichergestellt?
 - c) Wie viele Waffen wurden seit 2019 jährlich bei der Waffenbehörde und der Polizei abgegeben? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Stadtgemeinde sowie legalen und illegalen Waffen.)
21. Welche Rolle spielen nach Erkenntnissen des Senats Onlinehandel, Messenger-Dienste, Darknet, Auslandskontakte, Diebstähle, Umbaumaßnahmen an Schreckschusswaffen oder 3D-Druck bei der Beschaffung illegaler Waffen?

22. Wie viele Ermittlungsverfahren wegen illegalen Waffenbesitzes, illegalen Waffenhandels oder Verstößen gegen das Waffengesetz wurden seit 2019 jährlich geführt?
23. Wie viele dieser Verfahren führten jeweils zu Anklagen, Strafbefehlen, Einstellungen oder Verurteilungen?
24. Wie viele Straftaten wurden seit 2019 unter Einsatz von Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalwaffen begangen?
25. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um die Verfügbarkeit illegaler Waffen im Land Bremen zu reduzieren?

Waffenverbotszonen und Kontrollen

26. Welche Waffenverbotszonen, Waffenverbote oder besonderen Kontrollbereiche bestehen derzeit im Land Bremen?
27. Wie viele Kontrollen mit Bezug zu Waffen oder gefährlichen Gegenständen wurden jährlich seit 2019 an besonderen Kontrollorten, in Waffenverbotszonen oder bei Schwerpunktmaßnahmen durchgeführt?
28. Wie viele Verstöße gegen bestehende Waffen- oder Messerverbote wurden seit Einführung der Verbotszonen jährlich festgestellt?
29. Wie viele Waffen oder gefährliche Gegenstände wurden im Rahmen solcher Kontrollen festgestellt?
30. Wie viele der sichergestellten Waffen waren erlaubnispflichtige Schusswaffen, Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalwaffen, Messer, Hieb- und Stichwaffen, Softair-Waffen oder sonstige gefährliche Gegenstände?
31. In wie vielen Fällen handelte es sich bei sichergestellten Schusswaffen um illegale Waffen?
32. Wie viele Waffen wurden seit 2019 im Land Bremen sichergestellt oder beschlagnahmt, aufgeschlüsselt nach Jahr, Waffenart und Anlass der Sicherstellung?
33. Wie bewertet der Senat die Wirksamkeit bestehender Waffenverbotszonen oder vergleichbarer Instrumente?
34. Plant der Senat die Einrichtung weiterer Waffenverbotszonen oder vergleichbarer Maßnahmen? Wenn ja, wo und mit welcher Begründung? Wenn nein, warum nicht?

35. Wie häufig wurden seit 2019 Durchsuchungen, Wohnungsdurchsuchungen, Fahrzeugkontrollen oder Gewerbekontrollen mit Waffenbezug durchgeführt?
36. Wie viele waffenrechtliche Kontrollen bei legalen Waffenbesitzern wurden seit 2019 jährlich durchgeführt?
37. In wie vielen Fällen wurden bei diesen Kontrollen Verstöße festgestellt, etwa gegen Aufbewahrungspflichten, Meldepflichten oder sonstige waffenrechtliche Vorgaben?
38. Wie viele Schwerpunktmaßnahmen gegen Waffenkriminalität wurden seit 2019 durchgeführt und mit welchem Ergebnis?

Strafverfolgungsbehörden

39. Welche besonderen Ermittlungsgruppen oder Sonderkommissionen wurden seit 2019 im Zusammenhang mit Waffenkriminalität im Land Bremen eingerichtet?
40. Welche Aufgaben, personelle Ausstattung und bisherigen Ermittlungsergebnisse hat die Sonderkommission „Fokus“?
41. Wie stellt der Senat sicher, dass Erkenntnisse aus einzelnen Schusswaffenvorfällen zentral zusammengeführt und auf mögliche Serien-, Milieu- oder Strukturzusammenhänge ausgewertet werden?
42. Welche Kooperationen bestehen im Bereich der Waffenkriminalität mit Bundespolizei, Zoll, Bundeskriminalamt, anderen Landeskriminalämtern, Ausländerbehörden, Ordnungsbehörden und Staatsanwaltschaften?
43. Welche personellen Ressourcen stehen der Polizei Bremen und der Ortpolizeibehörde Bremerhaven aktuell für die Bekämpfung von Waffenkriminalität zur Verfügung?
44. Wie lange dauern Ermittlungs- und Strafverfahren wegen Waffenkriminalität im Durchschnitt?
45. In wie vielen Fällen wurden seit 2019 jährlich ausländerrechtliche Maßnahmen gegen ausländische Tatverdächtige oder Verurteilte wegen Waffen- oder schwerer Gewaltdelikte geprüft oder eingeleitet?
46. Welche Konsequenzen zieht der Senat aus der Entwicklung der Waffenkriminalität für die Sicherheitsstrategie des Landes Bremen?
47. Sieht der Senat Änderungsbedarf im Landesrecht, im Bundesrecht oder bei Verwaltungsvorschriften, um Waffenkriminalität wirksamer zu bekämpfen?

48. Welche zusätzlichen Maßnahmen hat der Senat nach den jüngsten Schusswaffenvorfällen eingeleitet?
49. Welche konkreten zusätzlichen Maßnahmen wird der Senat bis Ende 2026 ergreifen, um Schusswaffenkriminalität, illegale Waffen und Angriffe mit Waffen im Land Bremen einzudämmen?
50. Welche messbaren Ziele setzt sich der Senat bei der Bekämpfung von Waffenkriminalität für die Jahre 2026 und 2027?

Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU